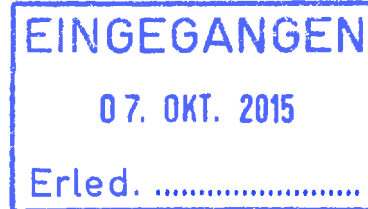


Udo Albers
SWG Ratsherr
Sandelermöns Nr. 99
26441 Jever

Sandelermöns, 06.10.2015

An den
Bürgermeister der Stadt Jever
Herrn Jan-Edo Albers
Am Kirchplatz



26441 Jever

Anfrage:

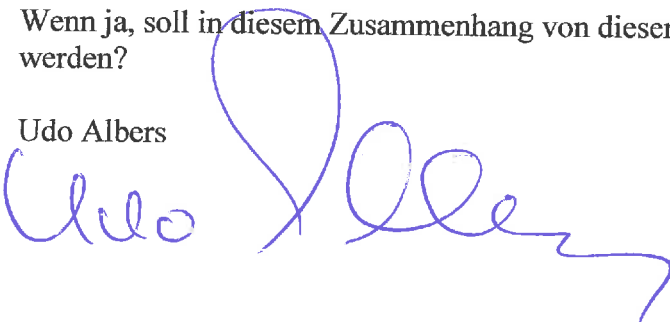
Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

hiermit bitte ich um Beantwortung in nächster Ratssitzung:

In einem Leserbrief im Jeverschen Wochenblatt vom 01.10.2015 berichtet ein Bürger unserer Stadt von 2 dokumentierbaren Kündigungen langjähriger Mieter städtischer Wohnungen zugunsten der Asylbewerberunterbringung. (siehe Anlage)

1.
Hat die Stadt Jever Wohn – Mietverhältnisse gekündigt, um Wohnraum im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingskrise vor halten zu können?
2.
Wenn ja, in wie viel Fällen ist das praktiziert worden?
3.
Wenn ja, mit welcher Begründung im Mietrecht werden / wurden diese Kündigungen ausgesprochen?
4.
Wenn ja, decken die Erstattungen für die Unterbringung der Asylbewerber die Ausfälle der Mieteinnahmen?
5.
Wenn ja, soll in diesem Zusammenhang von dieser Praxis weiterer Gebrauch gemacht werden?

Udo Albers



01.10.15 ZWR

LESERBRIEF

Verantwortungsloser Zuzug

Betrifft: „Mehrheit stellt sich dem Hass entgegen“, Leserbrief von Klaus Burr, 29. September

Unabhängig von den zitierten „Tausenden von Menschen“, die Flüchtlingen helfen, möchte ich meinen Zweifel dokumentieren, ob es sich a) um die Mehrheit handelt und b) bei den Nichthelfenden Hass besteht.

Nur weil es durchaus eine ganze Reihe Menschen gibt, die aus ihrer Sicht der Dinge berechnete Zweifel an diesen vollkommen verantwortungslosen Einreisemöglichkeiten (legal und illegal) postulieren, ist es nicht tolerabel, deshalb sofort von „Hass“ oder „Pack“ oder „Dunkeldeutschland“ zu sprechen.

Ich würde mir wünschen, dass jeder dieser „Willkommensbegeisterten“ sich ähnlich sozial (gewollt oder ungewollt) verhalten würde, wie ich es in meinem Leben erfahren habe. Ende der 40er Jahre waren meine Eltern gezwungen, neben ihren beiden Kindern in der oberen Etage ihres Einfamilienhauses eine vierköpfige Flüchtlingsfamilie unterzubringen. Mal eben so, von einem Tag auf den anderen. Die entstehenden sozialen Spannungen sind nachvollziehbar.

Und momentan deuten die ersten Signale aus Ham-

burg und Bremen in ähnliche Richtungen. Dass mindestens zwei dokumentierte Fälle von Kündigungen langjähriger Mieter städtischer Wohnungen zugunsten Asylbewerberunterbringung nicht eben für Begeisterung sorgen, scheint mir ebenso nachvollziehbar.

Ende der 70er Jahre habe ich persönlich soziale Verantwortung übernommen. Wir haben in meiner seinerzeit fünfköpfigen Familie ein Pflegekind aufgenommen und in eine freundliche Zukunft integriert. Unser minderjährige Sohn war zwar nicht begeistert, sein Zimmer fortan teilen zu müssen. Aber die Integration wurde erfolgreich von der ganzen Familie vorgenommen.

Es stünde also allen „Willkommensbegeisterten“ gut zu Gesicht, ebenfalls in ihrer Wohnung, ihrem Haus etwas zusammenzurücken und für die Integration zum Beispiel der unbegleiteten Jugendlichen Verantwortung und Kosten zu übernehmen.

Danach lasse ich mich gerne wieder auf Freiwilligkeit ansprechen. Bis dahin halte ich – menschlich, sozial, finanziell – die jetzige Politik des beliebigen Zuzugs schlichtweg für verantwortungslos und unzumutbar.

Manfred Niendiek
Jever